



Situation auf dem Lehrstellenmarkt nach wie vor verheerend

Pressemitteilung von Nele Hirsch, 14. Dezember 2005

**Zur Ausbildungsbilanz 2005 des
Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB)
erklärt Nele Hirsch, bildungspolitische
Sprecherin der Fraktion DIE LINKE.:**

"Die Ausbildungssituation ist nach wie vor dramatisch. Auch wenn die Zusagen des Ausbildungspaktes erfüllt wurden, stehen viel zu viele Jugendliche perspektivenlos auf der Straße. Die Zahl der abgeschlossenen betrieblichen Ausbildungsverträge ist im letzten Jahr um vier Prozent gesunken. Die betriebliche Ausbildungsquote liegt mit 23,4 Prozent auf einem neuen Tiefststand. Für diesen Situationsbericht gibt es nur eine Wertung: verheerend. Die endgültigen Zahlen für das Jahr 2005 bestätigen damit den Zwischenbericht vom 30. September.

Ziel des Ausbildungspaktes ist es, jedes Jahr 30.000 neue Ausbildungsstellen einzuwerben. Der Ausbildungspakt schreibt allerdings nicht vor, dass diese Stellen zusätzlich zum bisherigen Ausbildungsangebot geschaffen werden müssen. Stattdessen sollen sie lediglich wegfallende

Ausbildungsplätze kompensieren. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage mitteilte, wurden im letzten Jahr mehr betriebliche Ausbildungsplätze gestrichen als neue geschaffen. Der Ausbildungspakt ist damit nicht geeignet, die Ausbildungsmisere zu beheben. Gegenüber den Jugendlichen, die sich bereits mehrmals erfolglos um einen Ausbildungsplatz bemüht haben, ist es zynisch, wenn die Bundesregierung von einem "Erfolg" spricht. Das politische Ziel muss lauten, dass alle Jugendliche einen Ausbildungsplatz und somit eine berufliche Perspektive erhalten. Der Ausbildungspakt leistet das nicht. Die aufgrund der noch nicht vermittelten Bewerberinnen und Bewerbern angegebene Ausbildungslücke in Höhe von rund 25.000 Ausbildungsplätzen täuscht über die wahre Situation hinweg. Zusätzlich befinden sich noch Tausende von Jugendlichen in so genannten Einstiegsqualifizierungen oder in berufsvorbereitenden Praktika, die bei der Erfassung der suchenden Jugendlichen nicht berücksichtigt werden. Diese Maßnahmen münden aber keineswegs automatisch in ein reguläres Ausbildungsverhältnis. Ein Drittel der Teilnehmerinnen und Teilnehmer steht anschließend mit leeren Händen da und ist lediglich um eine Warteschleife reicher. Aufgrund der fehlenden Ausbildungsplätze sind immer mehr Jugendliche gezwungen, ohne Berufsausbildung in schlecht bezahlten Arbeitsverhältnissen anzufangen. In der offiziellen Statistik gelten auch sie als "versorgt".

Die Fraktion DIE LINKE. fordert eine gesetzliche Umlagefinanzierung. Die ausbildungsfähigen Unternehmen, die sich weigern, ihrer gesellschaftlichen Verantwortung nachzukommen, sollen eine Abgabe zahlen, durch die zusätzliche Angebote ermöglicht werden. Nur so kann die Lage

am Lehrstellenmarkt im Interesse der Jugendlichen verbessert werden. Ein entsprechender Antrag wird am Donnerstag im Bundestag behandelt."